

Der Landrat57 - Wirtschaftliche Hilfen
FDL Frau Lüth-Küntzel**Sitzungsvorlage**

Nr. 2021/746

Beschlussvorlage**Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Lüchow-Dannenberg**

Kreisausschuss	18.01.2021	TOP
----------------	------------	-----

Kreistag	25.01.2021	TOP
----------	------------	-----

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sammelunterkunft für Flüchtlinge einzurichten und einen Betreiber für den Zeitraum von 3 Jahren mit der Option einer Verlängerung von weiteren 2 Jahren zu suchen.

Sachverhalt:

Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter unserer Kommunalpolitik haben bereits vor Jahren im Kreistag beschlossen, in Lüchow-Dannenberg keine Sammelunterkünfte für Geflüchtete einzurichten, sondern asylbeantragende Personen in Privatwohnungen unterzubringen. Dieses Konzept konnte bisher erfolgreich umgesetzt werden, da es von der breiten Bevölkerung getragen wurde und sehr viel ehrenamtliches Engagement unterstützend zur Seite stand. An dem Grundsatz „Unterbringung in privaten Wohnungen“ wurde bisher festgehalten. Allerdings wird die Erreichung dieser Zielvorgabe seit geraumer Zeit schwieriger, da die Angebotslage auf dem lokalen Immobilienmarkt stetig übersichtlicher wird. Nicht nur gibt es wesentlich weniger verfügbaren akzeptablen Wohnraum, sondern es wollen auch nicht alle Eigentümer jeden frei werdenden Wohnraum an die Verwaltung oder direkt an Geflüchtete vermieten.

Aktuell hat der Landkreis 14 Wohnungen angemietet und mit Geflüchteten belegt.

Eine Zeitungsanzeige für die Wohnraumsuche zur Unterbringung Schutzsuchender ergab leider nur drei mögliche erfolgsversprechende Angebote, wobei mit einem der betreffenden Eigentümer schon lange zusammengearbeitet wurde und er der Verwaltung ohnehin regelmäßig Wohnraum zur Verfügung stellt. Eine erneute Anzeige soll noch im Januar erscheinen.

Die Zusammenarbeit mit der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen ist hervorragend. Der zuständige Sachbearbeiter sicherte zu, dass die bisher gefahrene Strategie (Unterbringung in privaten Wohnungen) weiterhin akzeptiert wird und beibehalten werden kann, allerdings müsste die Anzahl der Zuweisungen steigen.

Somit wird der Landkreis weiterhin nach Wohnraum suchen. Auch die Samtgemeinden wurden aufgefordert, sich an der Wohnungsakquise zu beteiligen. Eine Rückmeldung erfolgte bisher nicht. Solange sich die Suche nach weiterem Wohnraum derart schwierig gestaltet, muss nach anderweitigen Unterkunftsmöglichkeiten gesucht werden, etwa nach Sammelunterkünften. Dies hätte jedoch auch zur Folge, dass sich die Kosten erheblich steigern werden.

Klimawirkung:

Keine Auswirkungen

Die Stabsstelle Klimaschutz hat die Klimawirkungsprüfung:

- nicht beratend begleitet
- beratend begleitet
- mitgezeichnet

Finanzielle Auswirkungen:

z.Zt. keine höheren Aufwendungen